

**Protokoll der Sitzung des 18. Runden Tisches des
Nationalen Waldprogramms Deutschland**

- Termin: 26. / 27. Juni 2006
Ort: BMELV Bonn, Haus 9, Saal 3
Sitzungsleitung: Herr Matthias Schwoerer, BMELV
Moderation: Herr Reinhard Rümmler (PriceWaterhouseCoopers)
Protokoll: Frau Dr. Stefanie v. Scheliha (BMELV)
Teilnehmer: s. Anwesenheitsliste (Anlage 1)
- Anlagen:**
- 1) Anwesenheitsliste
 - 2) Präsentation zum AG-Entwurf für Kernempfehlungen und -aktionen
 - 3) Text der NWP-Kernempfehlungen (Stand: 26.06.2006, 18.00 h)
 - 4) Text der NWP-Kernaktionen (Stand: 26.06.2006, 18.00 h)

1. Tag (Montag, 26. Juni 2006)

Top 1: Begrüßung

Herr Schwoerer begrüßt die Teilnehmer des 18. Runden Tisches (RT). Er würdigt das an der hohen Teilnehmerzahl abzulesende große Interesse am Abschluss der Kernempfehlungen des NWP und an der Zukunft des Prozesses und dankt der Arbeitsgruppe für die vorbereitende Arbeit, die in konstruktiver und produktiver Weise erfolgt ist. Zu den Kernempfehlungen müsse in jedem Fall eine Entscheidung getroffen werden. Über den 1. Sitzungstag hinaus sei keine weitere Verlängerung der Diskussionen hierzu vorgesehen. Dies entspräche dem Willen der Mehrheit am RT, die die Behandlung von Zukunftsthemen erwarte.

Top 2: Annahme der Tagesordnung

AGDW schlägt offizielle Annahme des Protokolls vom 17. RT vor und darin um Aufnahme eines Zusatzes in TOP 4, letzter Absatz: *"Greenpeace hat auf Nachfrage zugesagt, dass ein Vertreter oder ein mit Mandat Beauftragter an den Sitzungen teilnehmen wird."* Das Protokoll wird mit dieser Änderung angenommen.

Greenpeace und AG Wälder schlagen Aufnahme eines zusätzlichen TOPs "Konkretisierung von Akteuren, Zeitfenster und Indikatoren" vor. Da dieser Vorschlag keine breite Unterstützung findet, schlägt BMELV die Behandlung dieses Punktes unter TOP 5 "Zukunft des NWP" vor. Hier müsse er allerdings mit den Zukunftsthemen in Konkurrenz um Mehrheiten treten.

Top 3: Festlegung eines Protokollführers

Herr Rümmler fragt Bereitschaft der Teilnehmer zur Führung des Protokolls ab. Nur BMELV wird seitens der Teilnehmer vorgeschlagen und nimmt diesen Vorschlag an.

Top 4: Vorstellung des AG-Entwurfs der Kernempfehlungen und Diskussion

Frau Dr. von Scheliha präsentiert als Sprecherin der vorbereitenden AG den Entwurf der Kernempfehlungen und -aktionen (siehe Anlage 2). Sie erläutert, inwiefern das *Mandat des 17. RT* erfüllt wurde und stellt den organisatorischen Rahmen der AG-Arbeit vor:

- *Erarbeitung eines kondensierten, griffigen Papiers (Empfehlung: < 10 Seiten):* Liegt vor, derzeit noch aufgeteilt in 2 Teile (Kernempfehlungen und Kernaktionen), die als ein Paket zu sehen sind.
- *Deutliche Verbindung zu 182 Handlungsempfehlungen:* Text ist näher am Original-Text des NWP dran, weniger "redaktionelle Freiheiten".
- *Formulierung der Oberthemen näher am O-Ton der Themen der einzelnen RT:* Titel der Oberthemen C und D wurden angepasst.
- *Je Oberthema (entsprechend Thema eines RT) Zusammenfassung der NWP-Aussagen hierzu und 2-3 Handlungsempfehlungen als konkrete Aktionen benennen. 1. Entwurf der AG wird dazu als Grundlage verwendet:* ist geschehen, wobei die Zusammenfassung auf Kernpunkte konzentriert wurde.
- *„Wichtigste“ Handlungsempfehlungen gemäß Ergebnis des Monitoring 2004 (Tabelle 9) beachten und wenn möglich bei Auswahl der 2-3 Handlungsempfehlungen übernehme:* Teil der genannte Empfehlungen spiegeln sich in konkreten Aktionen wider, bei 2-3 konkreten Aktionen pro RT konnten nicht alle übernommen werden.
- *Wichtige fehlende Handlungsempfehlungen aus dem Pool der 182 besser widerspiegeln:* fehlende Empfehlungen wurden weitgehend ergänzt.
- *Aktuelle / neue Rahmenbedingungen berücksichtigen (z.B. Föderalismusreform, Koalitionsvertrag der Bundesregierung):* es wurden berücksichtigt: Entwicklungen auf Energieholzmarkt, Cluster, Koalitionsvertrag (Charta, Beschaffung, Zertifizierung); Föderalismusreform noch nicht abgeschlossen.
- *5 NWP-Handlungsfelder und 3 Säulen der Nachhaltigkeit berücksichtigen:* ist geschehen.
- *Handlungsempfehlungen, die im NWP nicht im Konsens verabschiedet wurden, sollen so weit als möglich berücksichtigt werden, wenn zumindest ein Teil der Empfehlung im Konsens verabschiedet wurde oder die AG eine Kompromissformulierung findet:* ist z.T. gelungen (z.B. bei Empfehlungen 82, 112).

Parallel zur Erarbeitung der Kernempfehlungen werden Vorschläge für Akteure, Zeitfenster und Indikator für Umsetzung erarbeitet und ebenfalls dem RT zur Entscheidung vorgelegt: konnte aus Zeitgründen nicht mehr erfolgen. NWP macht hierzu kaum / keine Angaben, AG hatte in 1. Sitzung vereinbart, dass es zumindest für einzelne Aktionen versucht werden soll, nachdem diese vereinbart sind. Aktionen wurden aber erst Mitte Juni abschliessend besprochen.

Dank an den WWF, die AGDW, den DBV und die AG Wälder, die in der AG jeweils ein Oberthema federführend bearbeitet und Diskussionsergebnisse in neue Textvorschläge eingearbeitet haben.

Die vorgelegten Papiere enthalten Dissense von Greenpeace. Grund hierfür ist, dass Greenpeace seine Vorschläge zu einem so späten Zeitpunkt eingebracht hat, dass sie nicht mehr von der AG diskutiert werden konnten.

Herr Rümmler fragt, ob die NWP-Kernempfehlungen und -aktionen in der vorliegenden Form von den Teilnehmern, die bislang keinen Dissens angemeldet haben, angenommen werden können. Grundsätzlich werden die Vorschläge von allen Teilnehmern mitgetragen. Eine generelle Öffnung des Textes entlang der von Greenpeace eingebrachten zahlreichen Fußnoten wird mehrheitlich abgelehnt. Folgende Ergänzungen sollten allerdings berücksichtigt werden:

- Ergänzung bei Kernempfehlung Nr. 3.: s.u. unter i) (Stiftung Wald in Not)
- Ergänzung bei Kernempfehlung Nr. 4.: s.u. unter j) (Stiftung Wald in Not)

- Ergänzung einer Kernaktion unter E) zur Stärkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (GTZ, WWF)

Greenpeace fordert Festlegung von Akteuren, Zeitfenstern, Aussagen zur Finanzierung und Indikatoren, um die Kernaktionen zu konkretisieren, und verweist auf bereits eingelegten Dissens und hier auf folgende Fußnoten, die als mindestens zu erfolgende inhaltliche Änderungen gefordert werden: 9, 17, 34, 36, 49, 69, 74 (Kernempfehlungen); 14, 16 (Kernaktionen).

Weitere offene Punkte werden von den Teilnehmern nicht genannt.

Es entsteht eine längere Diskussion darüber, ob einzelne Inhalte des AG-Vorschlags aufgemacht und diskutiert werden sollen oder der AG-Vorschlag in der vorgelegten Form angenommen wird:

- auf eigene Änderungsvorschläge wurde bewusst verzichtet, um die NWP-Kernempfehlungen abzuschließen und sich der Zukunft des NWP widmen zu können, Annahme des AG-Vorschlags, ohne einzelne Inhalte aufzumachen (Baden-Württemberg, Rheinland Pfalz, Bayern); Einzelinteressen seien verständlich, aber jetzt sollten Kernempfehlungen in vorliegender Form verabschiedet werden (SDW); AG hat Auftrag erhalten und umgesetzt, dies solle respektiert und über verständliche Einzelwünsche gestellt werden (Sachsen-Anhalt); RT solle zukunftsorientiert vorgehen (BfN); Kompromiss war in der AG hart errungen, weitere Einzelwünsche waren nicht durchsetzbar (AGDW).
- Kompromissbereitschaft wurde in AG demonstriert, aber RT als Souverän des NWP solle aktiv verbessern und entscheiden und nicht passiv abnicken, andernfalls könne abschließende Zustimmung nicht gegeben werden (WWF); AG hat Vorschlag zur Diskussion vorgelegt, die jetzt am RT erfolgen soll (Stiftung Wald in Not); alle Vorschläge sollen gehört werden (AG Wälder); Sprache kann noch präzisiert werden, Inhalte werden mitgetragen (ÖJV).
- BMWi ist offen für Diskussionen, sofern keine mit Dissens behafteten NWP-Inhalte angesprochen werden. BFH weist darauf hin, dass nicht alle Vorschläge von Greenpeace konsensfähig sein dürften und schlägt Vorauswahl der zu diskutierenden Punkte vor (s.u.).

BMELV resümiert: NWP-Kernempfehlungen/-aktionen werden von den Teilnehmern gewünscht, können aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht verabschiedet werden; es soll Diskussion am RT über offene Punkte stattfinden, allerdings findet sich keine Mehrheit, die das vorliegende Paket nochmals komplett aufmachen will. Über die genannten offenen Punkte solle deshalb probenhalber diskutiert werden mit 3 möglichen Ergebnissen:

- 1) AG-Vorschlag wird geändert und verabschiedet
- 2) AG-Vorschlag wird unverändert verabschiedet
- 3) es werden keine Kernempfehlungen/-aktionen verabschiedet; damit sind die 182 NWP-Handlungsempfehlungen die Basis weiterer Handlungen und Aktionen.

Offene Punkte a) – j):

Vorschlag von GTZ/ WWF zu Kernaktionen:

- a) Ergänzung einer Aktion unter E): Verstärkung von politischer, technischer und finanzieller Unterstützung im internationalen Rahmen von Politiken und Programmen, die darauf abzielen, Waldvernichtung und Walddegradation zu verringern (entspricht NWP-Handlungsempfehlung Nr. 2).

Vorschlag von WWF/ Greenpeace zu Kernaktionen:

- b) Umformulierung der 2. Aktion unter E): Der Import, Besitz und Handel von Holz und Holzprodukten aus nachgewiesenermaßen illegalen Quellen (insbes. Urwaldzerstörung sowie Schutzgebieten) nach Deutschland und in die EU wird durch rechtliche Regelungen auf nationaler und europäischer Ebene (FLEGT) ausgeschlossen, flankiert auch durch die Beseitigung von Subventionen, die zur Urwaldvernichtung beitragen [entspricht NWP-Handlungsempfehlung Nr. 49] sowie Verweigerung von Hermes-Bürgschaften für Investitionen die zur illegalen Waldzerstörung beitragen [entspricht NWP-Handlungsempfehlung Nr. 36].

Vorschläge von Greenpeace zu Kernempfehlungen:

- c) Bei 1. ergänzen [entspricht Fußnote 9]:
- GVO
 - Pflanzenschutzmittel
- d) Bei 4. ergänzen [entspricht Fußnote 17]: Vergleich Holzvorräte von Wirtschaftswäldern mit Naturwäldern
- e) Bei 5. streichen [entspricht Fußnote 34]: Referenz zur Holz-Charta
- f) Bei 6. ergänzen [entspricht Fußnote 36]: Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu öffentlichem Wald
- g) Bei 7. ergänzen [entspricht Fußnote 49]: Rolle globalisierter Holzindustrie v.a. bei illegalem Holzeinschlag
- h) Bei 11. ergänzen [entspricht Fußnoten 69, 74]:
- Handelsverbot (national und EU) mit Holz / Holzprodukten aus illegaler Quelle; [s. b)]
 - Rechte indigener Völker

Vorschläge der Stiftung Wald in Not zu Kernempfehlungen:

- i) Bei 3. ergänzen: Die jährliche Erfassung des Waldzustandes muss beibehalten werden.
- j) Bei 4. ergänzen: „...ist insbesondere beim Kleinprivatwald **die Förderung** eines Beratungs- und Dienstleistungsservices erforderlich.“

Einschätzung der BFH:

Einigung zu c) und h) (Handelsverbot) ggf. möglich, bei h) (indigene Völker) schwer einschätzbar, bei d) und e) unwahrscheinlich, f) ist redundant, g) ist nicht durch NWP abgedeckt.

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Diskussion über die offenen Punkte wiedergegeben:

Zu a):

Wird leicht verändert (siehe Anlage 4) im Konsens angenommen. AGDW weist darauf hin, dass bei einer eventuellen Neuaufnahme weiterer Aktion unter E) die Balance der Verteilung aller Aktionen auf A) - E) neu beurteilt werden müsste.

Zu b) und h), 1. Tiert:

Es entsteht eine längere Diskussion mit verschiedenen Ergänzungs-/Änderungsvorschlägen. Keine Zustimmung finden Formulierungen, die auf ein nationales Handelsverbot von Holz aus illegalem Einschlag ohne Abdeckung durch eine entsprechende EU-Rechtsvorschrift abzielen, es bestehen Bedenken wegen möglicher Befürwortung eines "Urwaldschutzgesetzes" im nationalen Alleingang (DFWR). BMW weist auf Stand der Abstimmung innerhalb der Bundesregierung hin, wonach die Zuständigkeit für ein Handelsverbot sowie dessen WTO-Konformität nicht abschliessend geklärt sind.

Mit einigen Änderungen (siehe Anlage 3) wird der Vorschlag im Konsens angenommen. BMWi akzeptiert den im NWP gefundenen Konsens zu den Handlungsempfehlungen Nr. 49 und 36, kann deren Aufnahme in die Kernaktionen aber nicht mittragen.

An dieser Stelle wird kurz die Rolle der Bundesministerien beim NWP diskutiert. Greenpeace kritisiert, dass Adressaten der NWP-Empfehlungen bei deren Zustandekommen mitentscheiden können. BMELV erläutert, dass Bundesministerien insbesondere beratende Funktion haben, v.a. weil sie Erfolgchancen von einzelnen Empfehlungen einschätzen können.

Zu c):

Konsens, dass GVO und Verzicht auf Pflanzenschutzmittel bei den Zielen der naturnahen Waldwirtschaft aufgenommen werden (siehe Anlage 3).

Zu d):

AGDW lehnt Vorschlag ab. WWF appelliert an Greenpeace, Vorschlag zurückzuziehen, da Aussage wissenschaftlich nicht abgesichert ist. Greenpeace akzeptiert, dass der Vorschlag nicht aufgenommen wird, hätte sich aber eine entsprechende Formulierung in den NWP-Kernempfehlungen gewünscht.

Zu e):

Konsens, dass Bezug zur "Charta für Holz" gestrichen wird.

Zu f) und g):

Werden entsprechend der BFH-Einschätzung nicht weiter diskutiert.

Zu h), 2. Tiert:

Bayern (ggf. Widerspruch zum Bayerischen Landeswaldgesetz) und Baden-Württemberg (ggf. Bevorzugung eines Zertifizierungssystems) können dem Vorschlag nicht zustimmen.

Zu i):

Wird mit wenigen Änderungen (siehe Anlage 3) im Konsens angenommen.

Zu j):

Bayern (keine Festlegung von Ressourcen) und WWF lehnen Vorschlag ab. Stiftung Wald in Not zieht daraufhin Vorschlag zurück.

Mit den angenommenen Änderungen wird der Text der NWP-Kernempfehlungen und der NWP-Kernaktionen im Konsens von den Teilnehmern per Akklamation verabschiedet.

Greenpeace und ÖJV verweisen darauf, dass die Konkretisierung von Akteuren, Zeitfenstern und Indikatoren fehlt.

2. Tag (Dienstag, 27. Juni 2006)

Top 5: Zukunft des NWP

Greenpeace legt ein Veto gegen die Behauptung des BMELV ein, das Papier „Kernempfehlungen“ sei am Abend vorher im Konsens angenommen und abgeschlossen. Bereits am Vortag wurde die Konkretisierung von Greenpeace und anderen eingefordert. Eine Zustimmung von Greenpeace zum Gesamtpapier als Ganzes kann es nur geben, wenn eine Konkretisierung durch Akteure, Zeitlinien und Maßnahmen erfolgt ist. Greenpeace unterstützt den Konsens nur, wenn es einen Abschluss mit Konkretisierung gibt. Auch

AG Wälder und der ÖJV erklären, dass die Verabschiedung der NWP-Kernempfehlungen und -aktionen aus Ihrer Sicht erst abgeschlossen ist, wenn eine entsprechende Konkretisierung hinsichtlich Akteuren, Zeitfenstern und Indikatoren erfolgt ist.

BMELV fasst daraufhin den Stand des NWP zusammen und unterbreitet einen Vorschlag für dessen zukünftige Ausgestaltung:

- Der Text der NWP-Kernempfehlungen und -aktionen wurde am Vorabend von den Teilnehmern im Konsens angenommen, nur eine Entscheidung über die Konkretisierung konnte am Vortag noch nicht gefunden werden.
- Die Konkretisierung solle im Kontext "Zukunft des NWP" bearbeitet werden, stünde dort aber hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Zeit in Konkurrenz mit zukünftigen Themen. Es werde allerdings als wenig aussichtsreich angesehen, konkrete Akteure / Zeitfenster / Indikatoren im Konsens zu vereinbaren, zumal dies in der Vergangenheit bereits mehrfach gescheitert sei.
- Die Fortführung des NWP werde von der Bundesregierung in jedem Falle unterstützt. Dies stehe im Einklang mit dem EU-Forstaktionsplan und paneuropäischen sowie internationalen Beschlüssen. Im Gegensatz zu den ersten beiden Phasen, in der richtigerweise umfassende Handlungsempfehlungen erarbeitet wurden, sollte sich das NWP nun auf aktuelle Fragen fokussieren. Zudem bestehe eine Vereinbarung mit den Bundesländern, dass sich das NWP auf Themen mit Bundesrelevanz konzentrieren solle.
- BMELV bietet an, künftig 1-2 RT pro Jahr zu veranstalten (nächste mögliche Termine: Oktober / November 2006, Sommer 2007; wegen deutscher EU-Ratspräsidentschaft voraussichtlich kein RT im 1. Halbjahr 2007). Dort könnten je 2 aktuelle Themen diskutiert werden, die kurzfristig festgelegt werden (kein mehrjähriges Programm, um die nötige Flexibilität zu gewährleisten und ggf. vor anstehenden politischen Entscheidungen aktuell Empfehlungen zu sammeln).
- Mögliche aktuelle Themen :
 - Wald und Klima (Kyoto-Protokoll Artikel 3.4, Genehmigung von Zertifikaten zur CO₂-Speicherung, deutsche Position zum künftigen Klimaschutzregime);
 - Holz und Energie.
- Für externe Moderation und vorherige Festlegung eines Protokollführers würde weiterhin gesorgt.

Es entspannt sich eine lange und kontroverse Diskussion über die Konkretisierung der Kernaktionen, wobei deren verabschiedeter Inhalt nicht in Frage gestellt wird. Die wesentlichen Positionen hierbei sind:

- AG Wälder: es besteht kein Interesse an weiterer Mitarbeit am NWP, wenn Konkretisierung nicht oder nicht wenigstens so weit als möglich vorgenommen wird; echter Wille zur Umsetzung der Kernaktionen oder zumindest der Versuch hierzu muss erkennbar sein und zusammen mit den Kernaktionen kommuniziert werden.
- NABU: Konkretisierung ist wichtig für Außenwirkung der Kernaktionen; neue Themen sind wichtig, aber alte Probleme sind noch nicht vollständig gelöst.
- ÖJV: Konkretisierung wurde von Beginn an als unverzichtbarer Bestandteil der Diskussion über Kernaktionen gesehen; AG soll weiter arbeiten und Vorschlag vorlegen.
- Greenpeace: Beschreibt noch einmal nachdrücklich, dass es sich nicht um „neue Forderungen“ handelt: Bereits Montagmittag und -abend wurde von Greenpeace und anderen NROs eingefordert, dass eine Konkretisierung erfolgen muss. Greenpeace verweist noch einmal auf den schwierigen 17. RT. Bereits hier wurde von Greenpeace klar geäußert, dass die Voraussetzung für eine weitere Teilnahme von

Greenpeace am Nationalen Waldprogramm die Arbeit an der Konkretisierung sei. Erneut wird darauf hingewiesen, dass bereits im Protokoll des 17. RT diese Konkretisierung als Teil des Arbeitsauftrages der AG formuliert ist. Greenpeace fordert deshalb hier und jetzt an der Konkretisierung zu arbeiten.

- BMELV: internationale Beschlüsse zu NWP-entshalten keine Vorgaben zur Konkretisierung; gemäß NWP-Leitfaden wird Konkretisierung durch alle Akteure angestrebt, ist aber nicht verpflichtend. Für Zusatzwünsche müssen Mehrheiten am RT gefunden werden. Im politischen Raum ist ein von breitem Konsens getragenes Papier entscheidend; dies ist daher Ziel des BMELV. Im Mandat des 17. RT war der Auftrag an die AG, Vorschläge für Akteure, Zeitfenster und Indikator vorzulegen, bewusst von den Vorgaben zur inhaltlichen Gestaltung der Vorschläge für Kernempfehlungen / -aktionen abgesetzt worden, insofern war ein stufenweises Vorgehen bereits vereinbart. Ein Ergebnis des NWP-Monitoring 2004 und 2005 war, dass sich bei den NWP-Handlungsempfehlungen bereits einer oder mehrere Akteuren für deren Umsetzung einsetzen; insofern ist Benennung einzelner verantwortlicher Akteure zur Gewährleistung der Umsetzung der NWP-Kernaktionen nicht zwingend notwendig.
- BFH: Konkretisierung wäre wünschenswert, ist aber voraussichtlich nur unter größten Schwierigkeiten im Konsens vereinbar, realistische Alternative wären Projektvorschläge der Akteure zur Umsetzung der Kernaktionen.
- AGDW: Konkretisierung wird von den Adressaten nicht als umzusetzende Aufgabe akzeptiert werden, Kernempfehlungen müssen von den NWP-Akteuren in den politischen Raum getragen werden; unterstützt BFH-Vorschlag.
- Sachsen: Konkretisierung mit Blick auf andauernde Föderalismusreform schwierig und kann nicht unterstützt werden, da Kernaktionen Elemente erhalten, die z.B. aufgrund des unterschiedlichen Förderregimes in den einzelnen Bundesländern wohl als Empfehlungen auf Bundesebene respektiert werden aber nicht überall vollständig umgesetzt werden können.
- Baden-Württemberg und Bayern lehnen Konkretisierung als nachträglich eingebrachte Forderung ab.
- Greenpeace: verwehrt sich vehement gegen den Vorwurf Bayerns und des BMELV es würde Themen „nachschieben“: Die Konkretisierung wurde im Protokoll des 17. RT, von Greenpeace und anderen am Montagmittag und nach Abarbeiten einiger Dissenspunkte am Montagabend gefordert. Greenpeace lehnt den BFH-Vorschlag ab. Wenn es keine Bereitschaft von Seiten des BMELV, wie zweimal so vorher geäußert, zur Weiterarbeit und Konkretisierung an diesem RT gäbe, dann ist der Prozess für Greenpeace beendet und das NWP gescheitert. Greenpeace schlägt vor, die bisher entwickelten Kernempfehlungen und -aktionen als Anhang in das Protokoll des 18. RT aufzunehmen, aber nicht zu veröffentlichen. Greenpeace meldet Dissens gegen jedwede Veröffentlichung in der bisherigen Form an. Greenpeace bedauert die Haltung des BMELV sehr und wäre gern bereit gewesen, an einer Konkretisierung mitzuarbeiten. Greenpeace möchte, dass das Gesagte komplett ins Protokoll mit aufgenommen wird [*Anmerkung des Protokolls: ist erfolgt*]. An einer weiteren Diskussion wird sich Greenpeace unter diesen Voraussetzungen nicht mehr beteiligen.

Zu diesem Zeitpunkt verlässt Greenpeace ohne weitere Erklärung den RT.

Es folgt eine längere Diskussion mit mehreren Unterbrechungen darüber, ob die am Vorabend gefundenen Formulierungen noch als im Konsens angenommen gelten oder ob nicht vielmehr der Kompromiss einschließlich der angenommenen Änderungen unter der Prämisse zustande kam, dass alle Teilnehmer diesen am Ende mittragen.

Motiviert durch den allseitigen Wunsch, zu einem Ergebnis zu kommen, zeichnet sich Laufe dieser Diskussion eine Annäherung der konfligierenden Positionen ab, an deren Ende ein Kompromiss steht, wie dem Wunsch nach Konkretisierung entsprochen werden soll (s.u.):

- Baden-Württemberg, Rheinland Pfalz: können mangels ausreichenden Mandats keine verbindliche Zusage machen, dass man sich tatsächlich auf konkrete Akteure / Zeitfenster / Indikatoren verständigen kann, sichern aber zu, die Diskussion in den jeweiligen politischen Raum zu tragen.
- BMELV: da Diskussion um eine Konkretisierung an diesem RT nicht mit einem Konsens der Teilnehmer abgeschlossen werden kann, wird angeboten, bei dem nächsten RT die Umsetzung der Kernaktionen z.B. mittels Leuchtturmprojekten auf die TO zu setzen und dafür nur ein aktuelles Thema statt wie vorgeschlagen zwei zu diskutieren. Zukünftige Teilnahme von Greenpeace wird geklärt.
- NABU: RT soll NWP-Kernempfehlungen und -aktionen verabschieden, dann Umsetzung der Kernaktionen z.B. in Form gemeinsamer Leuchtturmprojekte voranbringen.
- AG Wälder: am vereinbarten Text der NWP-Kernempfehlungen und -aktionen wird festgehalten; es muss aber erkennbar sein, dass Versuch der Konkretisierung unternommen wird. BFH bietet Unterstützung bei der Sammlung und Diskussion der Vorschläge hierfür an.
- BMWi: auf Versuch der Konkretisierung kann man sich verständigen und dann abwarten, ob beim nächsten RT die Diskussion z.B. zu gemeinsamen Modellprojekten zu positiven Ergebnissen führt.
- Sachsen-Anhalt: besondere Qualität des NWP liegt darin, dass es alle walddrelevanten Akteure an einen Tisch bringt; einzelne Akteure sollten nicht ausgeschlossen werden.

Die Teilnehmer des RT treffen im Konsens folgenden Beschluss über die weiteren Schritte bezüglich einer Konkretisierung der NWP-Kernaktionen:

1. NWP-Kernempfehlungen und -Kernaktionen werden in der am Abend des 26.06.2006 beschlossenen Form verabschiedet und veröffentlicht (Haltung hierzu von Greenpeace wird vom BMELV geklärt)
2. Beim nächsten (19.) Runden Tisch wird der Versuch der Konkretisierung der Kernaktionen unternommen, hierzu sind alle NWP-Akteure aufgerufen,
 - neue Pilot-/ Leuchtturmprojekte vorzuschlagen und
 - bestehende Projekte zu benennen
 (beides auch im Bereich anderer Akteure) und diese (schriftlich) dem NWP-Sekretariat zu übermitteln. Die Sammlung dieser Projekte wird an alle NWP-Akteure rechtzeitig vor dem nächsten (19.) RT versandt.

Es wird auch der Versuch unternommen, Akteure und Zeitfenster für die Kernaktionen zu benennen. Auch hierzu sind alle NWP-Akteure aufgerufen, dem NWP-Sekretariat Vorschläge zu übermitteln, die dort gesammelt und rechtzeitig vor dem nächsten (19.) RT an alle Akteure versandt werden.
3. Über die Vorschläge aus dem 2. Schritt wird beim nächsten (19.) RT innerhalb eines festen Zeitfensters und mit dem Wille, zu einem Ergebnis zu kommen, diskutiert.

AG Wälder sagt zu, diesen Beschluss bei seinen Mitgliedern, die nicht am RT teilgenommen haben (BUND und Pro REGENWALD) vorzustellen und deren Unterstützung hierfür abzufragen.

AGDW, AG Wälder und BMWi werben dafür, dass möglichst nur solche Vorschläge gemacht werden sollten, die eine realistische Chance zur Annahme im Konsens haben.

Mehrere Teilnehmer halten fest, dass mit diesem Beschluss große Zugeständnisse an Greenpeace gemacht werden, zumal viele der Greenpeace-Änderungsvorschläge in den verabschiedeten Texten enthalten sind.

Top 5 (Forts.): Zukunft des NWP – Organisation und Auswahlverfahren für Themen

Von den Teilnehmern werden folgende mögliche Themen für die nächsten RT vorgeschlagen:

- Klimawandel (NABU, Baden-Württemberg)
 - Anpassungs-Szenarien
 - Art. 3.4 Kyoto-Protokoll
 - Zertifikate-Handel
 - Diskussion NaWaRo
- Energieholz (NABU, Brandenburg, AG Wälder, Stiftung Wald in Not, Sachsen-Anhalt)
 - Rahmenbedingungen
 - Problemfelder?
 - Nutzungsdruck
 - Informationsaustausch
- Zukunftsoptionen der Forstwirtschaft (BFH, Brandenburg)
 - begonnene Projekte
 - Forschungsförderungsprogramm
 - Input für Projekte
 - Rückmeldung der Stakeholder
- Forstliches Umwelt-Monitoring (Stiftung Wald in Not, Brandenburg)
 - Änderungen / Zukunft (siehe anstehende Entscheidung im Bundesrat)
 - fachlich-wissenschaftliche Weiterentwicklung
- Rückkopplung NWP mit EU-Forstaktionsplan (DFWR)
 - Inhalte vergleichen
 - ergänzende Themen aufgreifen?
- Wald – Wasser (DFWR)
 - EU-Wasserrechtsrahmenrichtlinie
 - in Wertsetzung von Wasserdienstleistungen
 - Zusammenarbeit mit Wasserwirtschaft
 - Bodenschutz, Auswirkungen von Immissionen (Critical loads)
- Leistungsbilanz – Wald (AG Wälder, Stiftung Wald in Not)
 - ökonomische Bewertung / In-Wertsetzung aller Waldleistungen
 - Finanzierungs-/Förderungsmöglichkeiten für nachhaltige Waldnutzung und Naturschutz
- Umsetzung Charta Holz (Bayern, Sachsen-Anhalt)
- Bundeswald-Inventur, BWI³, Schlussfolgerungen für Holznutzung (Bayern)
- Zuständigkeiten "in Sachen Wald" (AGDW, ÖJV)
 - NWP, Verhältnis zu Landeswaldprogrammen
 - Auswirkungen der Föderalismusreform

Sachsen-Anhalt empfiehlt, sich auf wenige Themen zu konzentrieren. GTZ fragt, was beim nächsten RT zu erwarten ist: Vereinbarung von Handlungsempfehlungen, gegenseitiger Informationsaustausch?

BMELV skizziert kurz die Kriterien, nach denen das Thema / die Themen für den nächsten RT ausgewählt werden:

1. Bundesrelevanz,
2. Abwägung anderer Gremien, die Themen ebenfalls bearbeiten können,
3. Aktualität,
4. ggf. [Haupt]Thema mit Empfehlungen und [Neben]Thema mit Informationsaustausch

Ggf. wird auf schriftlichem Weg ein erneutes Meinungsbild zu den Themen eingeholt.

Top 6: Schlusswort

Herr Schwoerer dankt allen Teilnehmern für ihre aktive Teilnahme und insbesondere aktive Mitwirkung bis zum Schluss.

Im Auftrag
Dr. von Scheliha